



DEMOKRATESCH  
PARTEI

# UNSER PROGRAMM FÜR DIE EUROPAWAHLEN

LÄSCHT  
1



#dp2019eu

SOZIAL. LIBERAL. EUROPÄESCH.

# UNSERE KANDIDATEN



**CHARLES GOERENS**



**MONICA SEMEDO**



**SIMONE BEISSEL**



**ANNE DAEMS**



**GUSTY GRAAS**



**LORIS MEYER**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>SOZIAL. LIBERAL. EUROPÄESCH. ....</b>	<b>4</b>
<b>DIE HERAUSFORDERUNGEN .....</b>	<b>6</b>
<b>1. Die Würde zuerst .....</b>	<b>6</b>
<b>2. Das Klima .....</b>	<b>7</b>
Dem Klimawandel den Kampf ansagen: Unsere Priorität für die kommenden Jahre .....	7
Grüne, sozialverantwortliche und nachhaltige Finanzen.....	8
<b>3. Wirtschaftlichkeit und soziale Gerechtigkeit in Einklang bringen .....</b>	<b>9</b>
Steuer- und Sozialdumping untergraben den Zusammenhalt in der EU .....	9
Der Jugend eine Perspektive geben .....	10
<b>4. Den Multilateralismus verteidigen! Sich gegen die Ausmaße der Globalisierung wappnen!. 11</b>	<b>11</b>
<b>5. Die Wirtschaft, die Finanzierung der Union und der Euro .....</b>	<b>12</b>
Die Stärkung des Binnenmarkts und des Verbraucherschutzes .....	12
Eine gestärkte Wirtschafts- und Währungsunion, die schnell und effektiv auf Krisen reagiert.....	13
<b>6. Sicherheit und Außenbeziehungen .....</b>	<b>14</b>
Die Europäische Union als Friedensgarant .....	14
Dem Terror die Stirn bieten: Mehr Zusammenarbeit für ein Maximum an Sicherheit.....	16
<b>7. Ein innovativeres und besser vernetztes Europa .....</b>	<b>16</b>
Moderne und nachhaltige Infrastrukturen für Europa .....	16
Innovation, Forschung und Digitalisierung: eine große Chance für Europa .....	17
<b>8. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020.....</b>	<b>18</b>
<b>9. Luxemburg in einem Europa der Solidarität .....</b>	<b>19</b>
Die Migration.....	19
Die Zeit nach dem Brexit .....	19
<b>10. Das Gesundheitswesen in Europa .....</b>	<b>20</b>

# SOZIAL. LIBERAL. EUROPÄESCH.

Liebe Wähler,

Europa ist in erster Linie ein erfolgreiches Friedensprojekt. Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten die Länder Europas wieder zusammenfinden, die Bürger mussten ihre Ängste und ihren Hass hinter sich lassen, frühere Feinde mussten aufeinander zugehen. Durch ein gemeinsames Projekt, nämlich die Europäische Union, wurden sie zu Partnern und sogar zu Freunden. Leider scheinen aber einige Menschen unsere gemeinsame Geschichte aus der Zeit vor der EGKS und der Europäischen Union vergessen zu haben. Es ist unbestreitbar, dass das europäische Aufbauwerk auch weiterhin eine unvollendete Baustelle bleibt. Die verantwortlichen politischen Kräfte sind dazu aufgerufen, das beträchtliche Potenzial der Union zu entfalten, um die großen existentiellen Herausforderungen meistern zu können. Die größte aller Herausforderungen wird die Wiederherstellung des Respekts vor unseren Grundwerten und der Menschenrechte sein. Die Zunahme rassistischer, antisemitischer oder xenophober Zwischenfälle kann nicht geleugnet werden. Wir müssen diese, wie auch Aufrufe zum Hass, die vor allem im Internet verbreitet werden, gemeinsam bekämpfen.

In wenigen Jahren wird die dritte europäische Nachkriegsgeneration das Erwachsenenalter erreicht haben. Die Feinde von früher, die mittlerweile zu Verbündeten geworden sind, bündeln ihre Kräfte um Antworten auf gemeinsame Herausforderungen zu finden. Lösungen für Probleme, die unsere Mitgliedstaaten nicht, oder nicht mehr, alleine meistern können, werden nun im Rahmen der Europäischen Union gefunden. Während die Gründerstaaten noch darauf bedacht waren, Krieg zwischen den Staaten zu verhindern, bedrohen Konfliktsituationen heute vor allem den internen Zusammenhalt innerhalb unserer Gesellschaften.

Aus Sicht der Demokratischen Partei muss Europa geeinter, sozialer und liberaler handeln. Die Bürger stehen dabei im Fokus unserer Bemühungen. Wir wollen alle zusammen gegen Armut und Unsicherheit kämpfen und müssen unsere Unternehmen dahingehend unterstützen, dass sie neue Herausforderungen angehen können und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Auch wollen wir allen Bürgern der Europäischen Union den Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsfürsorge gewährleisten.

Die DP möchte, dass sich jeder europäische Bürger in jedem Land der EU zuhause fühlt, ohne dass wir dabei die Identität, die Geschichte und das Erlebte eines jeden Einzelnen vergessen. Der auf europäischer Ebene vereinheitlichte Reisepass ist so beispielsweise Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Sphäre. Vielfach überschreiten wir Ländergrenzen ohne Grenzkontrollen oder Geldumtausch. Unsere Konsumgüter unterliegen strengen Qualitätsstandards, die gemeinsam vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten festgelegt werden.

Unsere Unternehmen produzieren für den großen europäischen Markt, durch den die Zahl ihrer potenziellen Kunden deutlich gestiegen ist. Der Binnenmarkt erlaubt es unseren Unternehmen, in größeren Quantitäten zu produzieren und so gleichzeitig ihre Exportkapazitäten zu erhöhen. Das Wasser, das durch unsere Wasserhähne fließt, muss in ganz Europa höchsten qualitativen und sanitären Ansprüchen gerecht werden. ERASMUS+ erleichtert die Mobilität von Studierenden, Schülern, Auszubildenden, Lehrkräften und Sportlern. Europa ist also sehr präsent in unserem Alltag. Die DP wird auch in Zukunft darauf achten, dass die Europäische Union im Dienst der Bürger steht.

**Dies ist unsere Vision für die Zukunft Europas:  
„SOZIAL. LIBERAL. EUROPÄISCH.“**

Charles GOERENS  
Spitzenkandidat

Monica SEMEDO  
Spitzenkandidatin

Simone BEISSEL

Anne DAEMS

Gusty GRAAS

Loris MEYER

# DIE HERAUSFORDERUNGEN

## 1. Die Würde zuerst

Das Grundprinzip des Zusammenlebens innerhalb der Europäischen Union ist die *Unantastbarkeit der Menschenwürde*. Aus diesem Grund kann ein Land nur Mitglied der Europäischen Union werden, wenn es dessen Grundwerte, zu denen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Minderheiten, die Meinungsfreiheit und die Religionsfreiheit gehören, bedingungslos respektiert. Gegen zwei Mitgliedstaaten, die besagtes Kriterium zum Zeitpunkt ihres Beitritts zur Union zweifelsohne erfüllten, laufen derzeit sogenannte „Vertragsverletzungsverfahren“. Im Fall einer gravierenden Verletzung der Grundwerte können die Sanktionen sogar den Entzug des Stimmrechts in den unterschiedlichen Ratsformationen vorsehen. In Kraft treten können diese Sanktionen jedoch erst, wenn sie von allen anderen Staaten angenommen werden. In Bezug auf die laufende Prozedur ist gewiss, dass die nötige Einstimmigkeit nicht erreicht wird. Im Hinblick auf die aktuelle politische Situation haben die beiden betroffenen Staaten einander bereits die gegenseitige Unterstützung zugesagt, sodass die Bestimmungen von Artikel 7<sup>1</sup> des Vertrags über die Europäische Union unwirksam bleiben. Es ist dringend notwendig, die Einstimmigkeitsregel in diesem spezifischen Fall abzuschaffen, da sie Staaten im Fall eines Vertragsbruchs Straffreiheit gewährleistet, anstatt die Gefährder unserer Werte abzustrafen. Um diesen Missstand zu beheben, spricht sich die DP für die Einführung von Bedingungen für die Gewährung von Strukturfonds im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens für den Zeitraum 2021-2027 aus. Die Union würde so über eine sehr konkrete Maßnahme verfügen, um die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu erzwingen, da die zwei betroffenen Staaten bislang Strukturfonds in Höhe von 2% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts beziehen.

Solange die Einhaltung unserer Grundwerte nicht sichergestellt werden kann, widersetzt sich die DP jeder Erweiterung der Europäischen Union. Dies steht nicht im Widerspruch zu unserer Entschlossenheit, weiterhin sehr eng mit jenen Staaten zusammenzuarbeiten, die zurzeit den Status eines Bewerberlandes haben. Aus unserer Sicht können die betroffenen Staaten jedoch erst dann Vollmitglied der EU werden, wenn abgeänderte Verträge uns erlauben, die Achtung

---

<sup>1</sup> (1) Auf begründeten Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Kommission kann der Rat mit der Mehrheit von vier Fünfteln seiner Mitglieder nach Zustimmung des Europäischen Parlaments feststellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der in Artikel 2 genannten Werte durch einen Mitgliedstaat besteht. Der Rat hört, bevor er eine solche Feststellung trifft, den betroffenen Mitgliedstaat und kann Empfehlungen an ihn richten, die er nach demselben Verfahren beschließt. Der Rat überprüft regelmäßig, ob die Gründe, die zu dieser Feststellung geführt haben, noch zutreffen.  
(2) Auf Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten oder der Europäischen Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments kann der Europäische Rat einstimmig feststellen, dass eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung der in Artikel 2 genannten Werte durch einen Mitgliedstaat vorliegt, nachdem er den betroffenen Mitgliedstaat zu einer Stellungnahme aufgefordert hat.  
(3) Wurde die Feststellung nach Absatz 2 getroffen, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen, bestimmte Rechte auszusetzen, die sich aus der Anwendung der Verträge auf den betroffenen Mitgliedstaat herleiten, einschließlich der Stimmrechte des Vertreters der Regierung dieses Mitgliedstaats im Rat. Dabei berücksichtigt er die möglichen Auswirkungen einer solchen Aussetzung auf die Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen. Die sich aus den Verträgen ergebenden Verpflichtungen des betroffenen Mitgliedstaats sind für diesen auf jeden Fall weiterhin verbindlich.  
(4) Der Rat kann zu einem späteren Zeitpunkt mit qualifizierter Mehrheit beschließen, nach Absatz 3 getroffene Maßnahmen abzuändern oder aufzuheben, wenn in der Lage, die zur Verhängung dieser Maßnahmen geführt hat, Änderungen eingetreten sind.  
(5) Die Abstimmungsmodalitäten, die für die Zwecke dieses Artikels für das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat gelten, sind in Artikel 354 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt.

europäischen Rechts im Fall einer Rechtsverletzung durch einen Mitgliedstaat wiederherzustellen.

## 2. Das Klima

### Dem Klimawandel den Kampf ansagen: Unsere Priorität für die kommenden Jahre

Der letzte Bericht der internationalen Expertengruppe über die Entwicklung des Klimas (IPCC) ist mehr als alarmierend. Die Bedrohung ist längst existentiell geworden. In diesem Zusammenhang müssen wir die Jugend für ihren Einsatz beglückwünschen. Es muss alles dafür getan werden, um ihren Forderungen nachzukommen, denn das Überleben unseres Planeten wird in Zukunft die wichtigste globale Aufgabe sein. Bis 2050 müssen wir den Kohlenstoffausstoß unserer Wirtschaften herunterfahren. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass wir nicht mehr nur über Lösungen sprechen, sondern uns auf die ***Festlegung einer notwendigen Strategie zur Rettung unseres Planeten*** einigen. Hierbei müssen wir die Ziele sehr hoch ansetzen und mit fester Überzeugung über die Grenzen der Union hinaus ein Umdenken in Produktions-, Lager- und Verteilungsweisen sowie im Energieverbrauch anstreben.

Wenn sich nicht alle, und vor allem jene großen Staaten, die eine hohe Umweltverschmutzung aufweisen, an dieser Aufgabe beteiligen, kann die Erderwärmung nicht auf 1,5° Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit begrenzt werden. Die Europäische Union muss in dieser Angelegenheit auch mit den ***Schwellenländern***, die heute für einen Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, ***zusammenarbeiten***. Tatsächlich werden wir den Klimawandel ohne die feste Entschlossenheit Chinas, der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Indiens und Russlands – die gegenwärtig für jeweils 30, 15, 9, 7 und 5% der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind – und ohne Afrika, dessen Bevölkerungszahl jene Chinas und Indiens bis zum Ende dieses Jahrhunderts übertreffen wird, nicht entschleunigen können. ***Die DP fordert die Festlegung eines Zukunftsplans***, der klare Ziele sowie einen konkreten finanziellen und zeitlichen Rahmen für die Umsetzung unterschiedlicher Maßnahmen zur Reduzierung des Kohlenstoffausstoßes und der Verwirklichung der Energiewende vorsieht.

Die erfahrensten Experten, unter ihnen Jeffrey Sachs, Sonderberater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Durchsetzung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung, gehen davon aus, dass eine Energiewende, die auf der Abkehr von fossilen Energien fußt, durchaus möglich ist. Der fast ausschließliche Rückgriff auf alternative Energien, wie Windkraft und Solarenergie, ist nunmehr möglich.

Aus diesem Grund erwarten wir vom nächsten EU-Kommissionspräsidenten, dass er die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie, unter Miteinbeziehung der großen

Treibhausgasemittenten, zur absoluten Priorität seines Mandats erklärt und die Schwerpunkte dieser Strategie innerhalb der ersten hundert Tage seines Mandats vorstellt.

Die DP erwartet von der nächsten Kommission, dass sie einen Wandel in der Energiepolitik anstrebt, und Widerständen, Vorbehalten, Engstirnigkeit und nationalen Egoismen entschlossen entgegentritt. Tatsächlich ist die ***Dekarbonisierung der Wirtschaft keine Frage der technischen Machbarkeit mehr, sondern des politischen Willens und der Investitionsstrategie.***

Mir müssen die großen nichteuropäischen Umweltverschmutzer davon überzeugen, Emissionshandelssysteme anzuwenden, die dem europäischen Beispiel folgen.

Im Rahmen der Förderung von Windkraft und Solarenergie sind die wichtigsten Fragen, die es zu beantworten gilt, jene nach der Energieversorgungssicherheit, nach der Finanzierung von Produktionseinheiten in großem Stil sowie des Energietransports und der –verteilung.

Aus diesem Grund sind alle öffentlichen und privaten Anstrengungen notwendig, um den Energiewandel hin zu einer emissionsarmen Wirtschaft voranzutreiben.

## Grüne, sozialverantwortliche und nachhaltige Finanzen

Die DP fordert, dass die Europäische Union in der Förderung europäischer Labels für grüne Finanzprodukte eine Schlüsselrolle einnimmt. Die DP befürwortet öffentlich-private Partnerschaftsmodelle für die ***Entwicklung der grünen, sozialverantwortlichen und nachhaltigen Finanzen***, wie auch die Entwicklung der sogenannten „Green Bonds“, durch die Schaffung eines innovativen Rechtsrahmens auf europäischer Ebene. Eine solche Herangehensweise ermöglicht es den europäischen Finanzzentren, zu denen auch Luxemburg gehört, auf internationaler Ebene zu den treibenden Kräften einer weltweiten Energiewende zu gehören.

Im Zuge der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens (COP 21) haben die Akteure der Finanzwelt begonnen, die finanziellen ***Ausmaße des Klimawandels*** sowie die Notwendigkeit, ausreichend finanzielle Mittel für den Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft bereitzustellen, ***wahrzunehmen***. Der Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe der Europäischen Kommission sowie der Aktionsplan der Kommission, die im Januar beziehungsweise im März 2018 veröffentlicht wurden, werden die Anstrengungen der privaten und öffentlichen Akteure begleiten.

Die DP unterstützt in diesem Zusammenhang die von der Kommission verfolgten Ziele. Die DP spricht sich für eine breite Herangehensweise aus, die es ermöglicht, auch die Ziele der sozialen Verantwortung und der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. So befürworten wir eine Beschleunigung der laufenden Verfahren auf europäischer Ebene, insbesondere in folgenden Bereichen:

- die *Schaffung eines einheitlichen Klassifizierungssystems* (Taxonomie) auf europäischer Ebene, um präzise definieren zu können, was als grün, sozialverantwortlich und nachhaltig gilt; in diesem Zusammenhang fordert die DP, dass die Europäische Union auch hier eine Vorreiterrolle übernimmt und den Dialog mit den internationalen Verbündeten intensiviert, um internationale Standards zu schaffen;
- die *Einführung europäischer Labels für grüne, sozialverantwortliche und nachhaltige Finanzprodukte*, die es Investoren ermöglichen, voller Vertrauen in Produkte zu investieren, die die vorgeschriebenen Kriterien erfüllen;
- die Stärkung der *Transparenz im Bereich grüner, sozialverantwortlicher und nachhaltiger Finanzprodukte*, damit Investoren für jedes Produkt prüfen können, ob es den Vorgaben entspricht;
- die *Stärkung öffentlich-privater Partnerschaftsmodelle* für die Entwicklung der grünen, sozialverantwortlichen und nachhaltigen Finanzen;
- die *Entwicklung von sogenannten „green bonds“* durch die Schaffung eines innovativen Rechtsrahmens auf europäischer Ebene.

Eine solche Herangehensweise ermöglicht es den europäischen Finanzzentren, zu denen auch Luxemburg gehört, auf internationaler Ebene zu den treibenden Kräften zu gehören, dies im Sinne einer weltweiten Energiewende und einer Verbesserung des Lebensstandards von vom Klimawandel betroffenen Bevölkerungen.

Außerdem plädiert die DP für eine *Stärkung der Rolle und der Kompetenzen der Europäischen Investitionsbank (EIB)* im Rahmen der Finanzierung von Klimaprojekten.

Schließlich könnte auch der Bürger dazu ermutigt werden, in solche Projekte zu investieren, indem er insofern von steuerlichen Maßnahmen profitieren könnte, dass er Teile seiner Investitionen steuerlich absetzen könnte.

### 3. Wirtschaftlichkeit und soziale Gerechtigkeit in Einklang bringen

#### Steuer- und Sozialdumping untergraben den Zusammenhalt in der EU

Die Europäische Union besitzt in sozialen Fragen nur sehr begrenzte Kompetenzen. Abgesehen von ihrem eher symbolischen Beitrag im Rahmen des „Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“, kann die EU nur sehr wenige Haushaltsmittel in sozialpolitische Maßnahmen investieren. Dennoch hat das Handeln der Europäischen Union im Währungs- und Fiskalbereich maßgeblichen Einfluss auf das Wohlergehen unserer Bürger. Der Kampf gegen Steuer- und Sozialdumping innerhalb der Europäischen Union ist von großer Bedeutung, da bislang kein Mitgliedstaat der Union die Steuer- und Sozialpolitik als Anpassungsvariable anerkennt, um im Binnenmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.

Da die Mitgliedstaaten über eine Haushaltskraft verfügen, die jene der Europäischen Union um mehr als 40 Mal übersteigt, bleibt auch in Zukunft sehr unwahrscheinlich, dass die EU Aufgaben der sozialen Umverteilung übernehmen wird.

Die Mitgliedstaaten werden allerdings, unter Federführung der EU, weiterhin soziale Standards verabschieden müssen, die im Einklang mit den sozialen Grundrechten stehen, die für alle europäischen Bürger gelten. Außerdem gehören der Zugang zum Arbeitsmarkt und die flächendeckende Einführung eines sozialen Mindestlohns in der gesamten Europäischen Union zu unseren Prioritäten. Natürlich kann der Mindestlohn nicht überall derselbe sein. Er muss, in Anbetracht der jeweiligen nationalen Gegebenheiten, regelmäßig angepasst werden. Aus Sicht der DP muss sich die Sozialpolitik innerhalb der EU im Sinne einer Konvergenz nach oben verbessern.

Wenn wir von Sozialpolitik sprechen, müssen unsere Forderungen auch Maßnahmen für die Inklusion von Menschen mit Behinderung beinhalten. Die luxemburgische Regierung hat auf Drängen der DP bereits viele Initiativen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung angestoßen. Beispielsweise sollen Gebäude, aber auch Kommunikationsprodukte, -dienste und –mittel Menschen mit Behinderung leichter zugänglich gemacht werden. Die DP unterstützt die Ausarbeitung des „**European Accessibility Act**“ und setzt sich dafür ein, dass dieser schnellstmöglich umgesetzt wird. Die DP fordert die Einrichtung eines europäischen Forschungsnetzwerks, das die Entwicklung und Verbreitung innovativer Kommunikationsstrategien fördert und Menschen mit besonderen Bedürfnissen im Bereich der Kommunikation besser unterstützt.

Auch in Bezug auf die **Gleichheit und Solidarität zwischen Männern und Frauen** besteht weiterhin ein Graben zwischen den Vorgaben des Vertrags über die EU, der die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verbietet, und der erlebten Realität. Um dieser Tatsache entgegenzutreten, müssen die Mitgliedstaaten dazu ermutigt werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die jede Art der Missachtung von Frauen beenden. In diesem Zusammenhang könnte sich an den Arbeitsergebnissen der letzten fünfzehn Jahre der „Hochrangigen Gruppe für die Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt“ im Europäischen Parlament orientiert werden.

## Der Jugend eine Perspektive geben

Auch die Bereiche Bildung, Arbeitsmarkt und Berufsbildung fallen fast ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. So kann die Europäische Union nur ergänzend zu den nationalen Politiken handeln. Aus diesem Grund kommen die zuständigen Minister regelmäßig zusammen, um die Annäherung der nationalen Rechtsetzungen zu erleichtern und sozialpolitische Aktionspläne, wie beispielsweise die „**Jugendgarantie**“, auszuarbeiten. Letztere hat einer Vielzahl junger Europäer den Zugang zu einem Arbeitsplatz oder zu einer

Weiterbildung in den ersten vier Monaten nach ihrem Schulabgang beziehungsweise dem Eintritt in die Arbeitslosigkeit ermöglicht.

Die Europäische Union spielt eine zentrale Rolle in der Erleichterung der Jugendmobilität. Auch wenn nicht über wichtige bildungspolitische Kompetenzen verfügt, kann die EU dazu beitragen, Hürden in der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und Qualifikationen junger Menschen abzubauen. Mit der sogenannten „Bologna-Reform“ wurden die unterschiedlichen akademischen Bildungssysteme auf europäischer Ebene harmonisiert. Dies trifft allerdings nicht auf Grund- und Sekundarschulwesen zu. Damit junge Menschen, deren Eltern in vollen Zügen vom Arbeitsmarktangebot innerhalb der EU profitieren, sich leichter in die Schulsysteme der unterschiedlichen Gastländer integrieren können, plädiert die DP für die **Schaffung eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums**, in dem, ähnlich der vier öffentlichen europäischen Schulen in Luxemburg, Kurse angeboten werden, die auf die Bedürfnisse der europäischen Schüler ausgerichtet sind. Nur die Europäische Kommission kann die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, einen Beitrag zur Schaffung eines solchen Europaschulennetzwerks zu leisten.

Vor allem mithilfe der Austauschprogramme hat die Europäische Union greifbare Fortschritte geleistet. „Erasmus+“, hat es seit seiner Schaffung bereits neun Millionen jungen Europäern ermöglicht, sich an einem Austauschprogramm zu beteiligen. Zu den Teilnehmenden gehören sowohl Schüler, Auszubildende, Erzieher, Lehrkräfte, Arbeitssuchende und Berufstätige u.a. aus Bereichen wie Vereinswesen oder Sport. Angesichts der sehr positiven Erfahrungen mit dem Programm ist es unerlässlich, im **Mehrwährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021-2027 zusätzliche Mittel für Erasmus+** vorzusehen, um noch mehr Interessierten, besonders solchen aus benachteiligten Gesellschaftsschichten, den Zugang zum Programm zu ermöglichen. So muss **das Programm „DiscoverEU“**, das 18-jährigen Jugendlichen die Möglichkeit gibt, die Europäische Union mithilfe eines Interrail-Passes zu erkunden, allen jungen Europäern zugänglich gemacht werden.

#### 4. Den Multilateralismus verteidigen! Sich gegen die Ausmaße der Globalisierung wappnen!

Die Globalisierung hat reale Auswirkungen auf unsere Art zu leben, zu arbeiten und uns zu informieren. Sie ist nicht aufzuhalten und bringt sowohl Wohlstand als auch Ungleichheiten mit sich. Auch wenn sie dazu beiträgt, die Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen Staaten zu verringern, gelingt es ihr nicht, innergesellschaftliche Ungleichheiten zu vermindern. Tatsächlich wächst der Graben zwischen Armen und Reichen in vielen – auch europäischen – Staaten und hinterlässt so ein tiefgreifendes Gefühl der Ungerechtigkeit bei den Verlierern des Systems. Unberechenbarkeit und ein Mangel an Perspektiven setzen immer mehr Menschen zu und treffen vor allem die Ärmsten der Gesellschaft. Auch zahlreiche Selbstständige und Angestellte sehen ihre berufliche Situation gefährdet und fürchten um ihre materielle Existenz. Wenn der Mittelstand leidet, neigt er dazu, sich radikalieren zu lassen.

Dieses Phänomen, das bereits während des letzten Jahrhunderts in Europa beobachtet werden konnte, wird dieser Tage wieder durch die Digitalisierung der Wirtschaft und die Fortschritte der Künstlichen Intelligenz beschleunigt. Schwerwiegende Veränderungen erschüttern unsere Gesellschaften. Das Gefühl, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden, das sich auf beunruhigende Art und Weise verbreitet, geben auch den traditionellen Parteien Grund zur Sorge. Tatsächlich fällt es ihnen immer schwerer, Bürger, die sich von populistischen Bewegungen anziehen lassen, wieder ins politische Zentrum zu reintegrieren. Dieser Trend verschärft sich zunehmend und stärkt die Reihen populistischer Parteien und Bewegungen, die bereits dabei sind, sich mithilfe rechtsextremer Propagandisten auch auf europäischer Ebene zu strukturieren.

Rechtsextreme Parteien legen wenig Wert auf multilaterale Zusammenarbeit. Dies äußert sich in der Infragestellung unserer Errungenschaften in den Bereichen der Sicherheit, der politischen Zusammenarbeit und der Grundfreiheiten. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika will mehr Spielraum und gesteht, anders als seine Vorgänger, die mehr oder weniger den Multilateralismus unterstützten, bilateralen Beziehungen eine zentralere Rolle zu. Die derzeitige US-amerikanische Regierung stellt die Engagements und Verpflichtungen der Vereinigten Staaten in Frage. Die Welthandelsorganisation (WTO), die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO), das Klimaabkommen und das Nuklearabkommen mit dem Iran sind bereits ins Fadenkreuz der US-Regierung geraten.

Auch die Abkehr vom Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF) durch die Vereinigten Staaten und Russland läuft den europäischen Sicherheitsinteressen zuwider. Gleichzeitig verlangen die Vereinigten Staaten von ihren europäischen Verbündeten eine substantielle Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben. Wir stehen also vor einer Situation, die von unseren Mitgliedstaaten zwar einen Anstieg der Militärbudgets verlangt, ohne jedoch Zweifel an der amerikanischen Sicherheitsgarantie gegenüber Europa auszuräumen. Die Europäer stehen mit dem Rücken zur Wand und müssen sich nun auf ein neues politisches Projekt einigen, *das aus der Europäischen Union den Vorreiter der multilateralen Kooperation macht.*

In der Tat widersetzen wir uns einer weltweiten Rückkehr zum Protektionismus und einer Renationalisierung der gemeinsamen europäischen Politik.

## 5. Die Wirtschaft, die Finanzierung der Union und der Euro

### Die Stärkung des Binnenmarkts und des Verbraucherschutzes

Durch die im Vertrag definierten Zuständigkeiten kann die Europäische Union effektiv handeln. Die Schaffung des Binnenmarkts ist hierfür das beste Beispiel. Die für den Binnenmarkt festgelegten Vorschriften gelten genauso für Importprodukte. Die großen Herstellerländer wie China, Südkorea, Japan und andere Schwellenländer müssen dieselben

Normen einhalten, wenn sie ihre Ware auf dem europäischen Markt umsetzen wollen. Das Prinzip der Konvergenz nach oben in Handelsfragen erlaubt es vor allem **unsere Verbraucher besser zu schützen**. Der Binnenmarkt, eine der schönsten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union, ist allerdings noch weit davon entfernt, sein Potenzial ganz zu entfalten. Wir unterstützen die Empfehlungen des Monti-Berichts und insbesondere die Einführung von Eigenressourcen für die Europäische Union, um den Binnenmarkt zu stärken.

Die DP fordert außerdem das **Ende der territorialen Beschränkungen**, die oftmals von großen Unternehmen praktiziert werden. Große Unternehmen können den Kunden ihre Handelswege aufzwingen, indem sie ihre Produkte über mehrere Zwischenhändler verkaufen. So kostet das gleiche Produkt im Großherzogtum oft mehr als im Nachbarland. Die DP fordert, dass die luxemburgischen Händler ihre Ware direkt beim Produzenten kaufen können, ohne dabei die Angebote von Zwischenhändlern in Anspruch nehmen zu müssen.

Der Verbraucher könnte seinerseits seine Situation verbessern, wenn er seine Interessen im Rahmen von **Sammelklagen** verteidigen könnte, die unter bestimmten Bedingungen erlaubt sein müssten. Es wäre ratsam, diese Möglichkeit auf europäischer Ebene vorzusehen.

### Eine gestärkte Wirtschafts- und Währungsunion, die schnell und effektiv auf Krisen reagiert

Unsere Einheitswährung, der Euro, ist eine Erfolgsgeschichte. Die DP begrüßt, dass der Euro anlässlich seines 20. Geburtstags seine Jugendphase definitiv hinter sich gelassen hat und heute zu den stabilsten Währungen der Welt gehört. Um die Stabilität des Euros auch in Zukunft zu gewährleisten, ist es notwendig, die **Steuerung und die wirtschaftliche Resilienz der Eurozone zu stärken**. Der politische Wille und die politische Entschlossenheit der Verantwortlichen der Eurozone haben die Oberhand gegenüber den Kassandrarufern der Pessimisten behalten, die 2008, beim Ausbruch der Krise, das Ende des Euro ankündigten. Die europäische Zentralbank (EZB) hat seither bewiesen, wie unabdingbar ihr Beitrag zur Währungsstabilität zum wirtschaftlichen Aufschwung innerhalb der Eurozone ist.

Im Sinne einer „immer engeren Union“ muss auch die demokratische Kontrolle der Aktivitäten der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) verbessert werden. Hierzu müssen wir die parlamentarische Kontrolldimension verstärken, die natürlich dem Europäischen Parlament obliegen muss. In diesem Zusammenhang müssen vor allem die Rechte der Parlamentarier gestärkt werden, die aus der Eurozone kommen. Abgeordnete aus Ländern, die nicht Mitglied der Eurozone sind, könnten in die Debatten und sogar in die Abstimmungen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) miteingebunden werden. Ihre Stimme hätte jedoch lediglich eine rein beratende Funktion. So könnte einer sehr differenzierten Situation Rechenschaft getragen werden, ohne dabei den einzigartigen institutionellen Rahmen außer Acht zu lassen.

Die DP vertritt die Auffassung, dass die Eurozone ihre eigenen Haushaltsinstrumente benötigt, um Konjunkturschocks einzudämmen beziehungsweise vorzubeugen und unsere Wirtschaften besser auf den wirtschaftlichen Wiederaufschwung vorzubereiten. Dies erscheint uns umso wichtiger, da unseren Mitgliedstaaten heute, im Fall eines ähnlichen wirtschaftlichen Zusammenbruchs wie im Jahr 2008, weniger Mittel zur Verfügung stünden, um solch eine Herausforderung anzugehen. Immerhin ist die Staatsverschuldung innerhalb der Eurozone seit 2008 um ungefähr 30% angestiegen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die DP die *Schaffung eines neuen Haushaltsinstruments*, um die Konvergenz und die Konkurrenzfähigkeit innerhalb der Eurozone zu erhöhen. Ein solches Instrument muss kohärent zu anderen Politiken der Europäischen Union sein und den Kriterien und strategischen Ausrichtungen der Mitgliedstaaten genügen. Die Mittel für dieses Instrument müssen aus dem europäischen Haushalt (Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)) kommen und in erster Linie Investitionen begünstigen und Strukturreformen vorantreiben, um die Wirtschaften im Interesse der Bürger und der Unternehmen konkurrenzfähig und leistungsstark zu machen. Eine solche Herangehensweise hilft Staaten, die sich mit einer schwierigen wirtschaftlichen Situation konfrontiert sehen, die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) einzuhalten.

Schließlich spricht sich die DP für eine *Stärkung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)* mit Sitz in Luxemburg aus. In Zukunft kann der ESM so die Rolle eines Sicherheitsnetzes („common backstop“) im Einheitlichen Abwicklungsmechanismus übernehmen, der angeschlagene Banken unterstützen soll. Auch soll er eine zentralere Rolle im Rahmen finanzieller Unterstützungsprogramme („crisis management“) in Krisenzeiten und in der Prävention („crisis prevention“) einnehmen, um die Resilienz im Euroraum zu stärken.

## 6. Sicherheit und Außenbeziehungen

### Die Europäische Union als Friedensgarant

Besonders im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung muss Europa geeint auftreten und zusammenhalten. Unabhängig davon, ob ihre Nachbarn und Verbündeten handeln oder nicht, muss die Europäische Union dahingehend agieren, dass sie ihren Bürgern ein *Leben in Sicherheit gewährleisten* kann, *ohne gleichzeitig den Nationalstaaten übermäßige Militärausgaben aufzubürden* („Frieden schaffen mit weniger Waffen“). Aus Sicht der DP muss das Mandat der Europäischen Union in Sicherheits- und Verteidigungsfragen gestärkt werden. So könnte eine *Europäische Verteidigungsunion* im Rahmen einer strategischen Partnerschaft mit der NATO die Sicherheit und die Stabilität ihrer eigenen Mitgliedstaaten sowie der Nachbarstaaten der Europäischen Union gewährleisten. Hierbei würde es sich nicht um neue Strukturen handeln, sondern um eine effizientere Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Mitgliedstaaten.

Um ein neues nukleares Wettrüsten zu verhindern, müssen unsere Mitgliedstaaten die Basis einer paneuropäischen Sicherheitsgemeinschaft setzen, die das *Vertrauen zwischen allen europäischen Staaten nach und nach wiederherstellt*.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, müssen die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland überdacht werden. Dies bedeutet nicht, dass über die Annexion der Krim durch Russland hinweggesehen werden soll. Auch sollen die Eingriffe Moskaus in jene Erdteile, die es seine Einflussphäre nennt, nicht vergessen werden. Dennoch muss Schritt für Schritt ein neues Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Dies war bereits zu einer Zeit möglich, als die Lage auf dem europäischen Kontinent angespannter war als heute. Die Politik der kleinen Schritte, die ab den 1970er Jahren von der Bundesrepublik Deutschland unter Brandt, Scheel, Bahr und Genscher angeführt wurde und zu einer Entspannung zwischen Osten und Westen führte, bleibt angesichts der aktuellen Lage ein folgendes Beispiel. Dies untergräbt in keinster Weise die Entschlossenheit unserer Mitgliedstaaten, sich gegen jeden potenziellen Angreifer zu Wehr zu setzen. Von dieser Richtung ausgehend und unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Staaten, inklusive der legitimen Interessen Moskaus, könnte die Europäische Union dazu beitragen, dass Fragen der europäischen Sicherheit von einer kontinentalen Perspektive aus betrachtet werden.

Die Mitgliedstaaten beharren allerdings auf der Einstimmigkeitsregel in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es ist also wenig erstaunlich, dass die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik von einem oder mehreren Staaten in die zweite Reihe verbannt wird. So konnten bereits die Präsidenten Russlands und der Ukraine, die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsident an einem Tisch gesehen werden, während in diesbezüglichen Formaten bislang kein wirklicher Platz für die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik vorgesehen ist. Bisher will kein Mitgliedstaat die Konstellationen aufgeben, in denen Vertreter der Europäischen Union in den Hintergrund gerückt werden. Wie Meinungsumfragen regelmäßig bestätigen, äußert die öffentliche Meinung hingegen mehrheitlich den Wunsch, dass die Union in Kriegs- und Friedensfragen mit einer Stimme spricht. Von dieser Perspektive aus betrachtet, ist der Bürger der Politik weit voraus.

***Die DP fordert die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel im Bereich der Außenpolitik.*** Dasselbe gilt für die Kooperations- und Entwicklungspolitik. Auch wenn die von der Kommission hierfür zur Verfügung gestellten Mittel aus der Europäischen Union beispielhaft sind, investieren die Mitgliedstaaten weniger als 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) in die Entwicklungshilfe. Luxemburg sticht hier mit einem Budget von 1% des BNE positiv hervor. ***Die DP unterstützt vorbehaltlos den Bericht des Europäischen Parlaments über das „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit“.***

Die DP spricht sich entschlossen für die **Beibehaltung eines offenen Außenhandels** ein, der dem Preiskrieg, den einige Staaten führen, Einhalt gebietet. Aus diesem Grund unterstützen wir die Absicht der Kommission, neue bilaterale Handelsabkommen auszuhandeln.

In Bezug auf die Wirtschaftsabkommen mit den sogenannten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) muss darauf geachtet werden, dass Entwicklungsländer dahingehend unterstützt werden, dass sie Produkte herstellen und verkaufen können, die unseren Kriterien entsprechen. Auch muss sich Europa innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) für einen **besseren Schutz der Entwicklungsländer** einsetzen, die oftmals mit Produkten überschwemmt werden, die im Import weniger kosten als die Herstellung im Einfuhrland.

## Dem Terror die Stirn bieten: Mehr Zusammenarbeit für ein Maximum an Sicherheit

Nur die Europäische Union ist in der Lage, den Schutz der Bürgerrechte und die Verteidigung gegen den Terror in Einklang zu bringen.

Indem sie den **Informationsaustausch über Gefährdungen unserer Sicherheit zunehmend fördert**, kann die EU freiheitseinschränkende Bestrebungen der rechtsextremen Bewegungen entgegenwirken, deren einziges Ziel darin besteht, die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und eine autoritäre Ordnung herbeizuführen.

## 7. Ein innovativeres und besser vernetztes Europa

### Moderne und nachhaltige Infrastrukturen für Europa

Die Vorteile der Personenfreizügigkeit und des europäischen Binnenmarkts können nur dann zur Gänze genutzt werden, wenn die europäischen Verkehrsinfrastrukturen, Verbundnetze – zu denen auch digitale Infrastrukturen gehören – sowie Energieinfrastrukturen ausreichend entwickelt sind.

Um mit dem Zug von Paris nach Brüssel zu fahren benötigt man eine Stunde und zwanzig Minuten. Nach London kommt man mit dem Zug von Brüssel aus in etwas mehr als zwei Stunden. Will man hingegen von Brüssel nach Luxemburg fahren, muss man drei Stunden einplanen – vorausgesetzt, der Zug ist pünktlich. Die Beibehaltung des diesbezüglichen Status quo stellt für unser Land und vor allem für Luxemburg-Stadt, eine von drei europäischen Hauptstädten, eine große Beeinträchtigung dar. Aus Sicht der DP könnte der Situation im Schienenverkehr zwischen Brüssel und Luxemburg durch **neue Finanzierungsmodelle für den Bau und Unterhalt der Verkehrsinfrastrukturen** Abhilfe geschaffen werden.

In Bezug auf den Straßenverkehr spricht sich die DP für die Schaffung eines **europäischen Rechtsrahmens für autonome Fahrzeuge** aus. Zu diesem Zweck muss die Europäische Union eine Vorreiterrolle übernehmen und einen Rechtsrahmen ausarbeiten, der das eigenständige Fahren auf den europäischen Straßen regelt.

Um besonders umweltschädliche Autos nach und nach aus ihren Ballungszentren zu verbannen, haben bereits mehrere europäische Städte Einfahrtsverbote für Fahrzeuge ausgesprochen, die nicht über eine Umweltplakette verfügen. Um den Autofahrern innerhalb der Europäischen Union den Alltag zu erleichtern, spricht sich die DP für die **Schaffung einer einheitlichen europäischen Vignette** aus, die die bestehende Praktik mit ihren vielen unterschiedlichen Vignetten ersetzen würde.

## Innovation, Forschung und Digitalisierung: eine große Chance für Europa

Die DP vertritt die Ansicht, dass die Ausgaben für Forschung weiterhin hoch bleiben müssen. Auch sprechen wir uns für eine **Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Beihilfen für Innovation und europäische Forschung** aus.

Die Digitalisierung bahnt sich heute ihren Weg durch alle Bereiche. Sie verlangt sowohl von den Wirtschaftsvertretern als auch von den Bürgern konsequente Anpassungsbestrebungen. Wenn die Digitalisierung die Arbeitswelt auch auf den Kopf stellt, so bietet sie dennoch neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Europäische Union ist ihrerseits dazu aufgerufen, eine gemeinsame ehrgeizige Strategie festzulegen, die den Bürgern und Unternehmen eines **wahrhaftigen digitalen Binnenmarkts** dient. Letzterer muss darauf abzielen, Hürden, die aufgrund nationaler Bestimmung bestehen können, aus dem Weg zu räumen.

In diesem Zusammenhang ist es dringend notwendig, die Hürden, die in der aktuellen Fassung der Verordnung über „**Geoblocking**“ bestehen, abzubauen. Es ist unvorstellbar, den Zugang zu „Streaming“-Diensten oder Informationen in einem Mitgliedstaat zu verbieten, während derselbe Inhalt in einem anderen Mitgliedstaat zugänglich ist.

Um die Konkurrenzfähigkeit seiner Finanzzentren zu sichern, muss die Europäische Union zum Meister der **Finanzinnovation** werden. In diesem Sinne setzt sich die DP für eine Reglementierung neuer Produkte und Dienste, wie „blockchain“, Künstliche Intelligenz, „crowd funding“, „crowd investing“, „cloud banking“, Kryptowährungen, Kryptofonds, Token (jetons) sowie „initial coin offerings“ ein. Unter dieser Voraussetzung sollte die Genehmigung und Überwachung der Anbieter solcher Dienstleistungen aus Sicht der DP und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip bei den nationalen Überwachungsorganen liegen.

Aus Sicht der Demokratischen Partei muss die Europäische Union unbedingt zum Spitzenreiter im **Ausbau des 5G-Netzes** werden. Indem sie den Zugang zu ultraschnellem und extrem sicherem mobilen Internet gewährleistet, das die gesamte Europäische Union abdeckt, wird sie nicht nur für innovative Unternehmen attraktiver, sondern ermöglicht es den europäischen Bürgern, vernetzt zu bleiben, wo auch immer sie gerade sind.

Die EU muss alles in Bewegung setzen, um ihren Rückstand gegenüber ihren Hauptkonkurrenten in Bezug auf die Künstliche Intelligenz aufzuholen. Grund für diesen Rückstand sind unterschiedliche nationale Politiken der Mitgliedstaaten. Es ist allerdings

unerlässlich, dass die Union eine ethische Herangehensweise an die Nutzung Künstlicher Intelligenz wählt, nach dem Motto „*wir sind der Künstlichen Intelligenz nicht ausgeliefert, sondern ihr gegenüber offen*“.

Die DP sieht den gleichen Zugang zum Internet als ein Grundrecht für alle Bürger und wird darauf achten, dass die Netzneutralität bedingungslos geachtet wird.

## 8. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) steht für das erste gemeinsame Projekt auf europäischer Ebene. Im Zuge wichtiger Strukturreformen hat sie sich dahingehend modernisiert. Sie ist zu einem Hochtechnologiektor geworden, in dem sowohl Informatik als auch Robotik eingesetzt werden. Auch muss sie sehr vielseitigen Forderungen gerecht werden. Die Anzahl der Verbraucher, die vermehrt Bioprodukte kaufen wollen, übersteigt die Zahl jener, die auch bereit sind, den tatsächlichen Preis dafür zu bezahlen. Einerseits soll der Einsatz von Pestiziden in der europäischen Landwirtschaft verboten werden, während andererseits der Import von Lebensmitteln aus Ländern mit weniger anspruchsvollen Standards erlaubt bleibt.

Um diesen oftmals widersprüchlichen Forderungen gerecht werden zu können, brauchen die Landwirte einen europäischen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, sich permanent anpassen zu können. In den letzten Jahren konnte die Landwirtschaft Fortschritte aufweisen, die nicht immer zu dem verzerrten Bild passen, das Einige von der Landwirtschaft zeichnen wollen. *Neue schonendere Produktionsmethoden* sind längst in die europäische Landwirtschaft eingezogen. Diese müssen nun im Rahmen des Machbaren erprobt werden, um es ihnen zu ermöglichen, sich weiter zu verbreiten.

Hierzu muss ein stärkerer Fokus auf die Forschung gelegt werden, damit diese vernünftige und praktikable Alternativen hervorbringen kann. Auch wäre es ratsam, dieselben Anforderungen an Importprodukte zu stellen, wie an Produkte, die innerhalb der Europäischen Union hergestellt werden. Es wäre gefährlich, die Anwendung von Glyphosat innerhalb der Europäischen Union zu verbieten und weiterhin Lebensmittel aus Regionen zu importieren, die nicht über dieselben Auflagen verfügen.

Außerdem macht das Preisniveau für Agrarprodukte finanzielle Eingriffe in Form von Einkommensbeihilfen notwendig. Um dem Rechnung zu tragen, müsste die für den Zeitraum 2021-2027 vorgesehene GAP ein ähnlich hohes Budgetmaßnahmenpaket aufweisen.

Die Beibehaltung eines Unterstützungsrahmens für die Bereiche Agrikultur und Umwelt, der durch nationalstaatliche Maßnahmen ergänzt werden kann, erscheint uns nicht nur angemessen, sondern unabdingbar um unseren Bauern eine Einkommensstruktur zu sichern, die mit jener anderer Berufsgruppen vergleichbar ist.

Jedes Jahr werden Millionen von Tieren innerhalb der Europäischen Union transportiert. Im Juni 2018 hat Luxemburg ein Tierschutzgesetz verabschiedet, das zu den modernsten der Welt gehört und sowohl die Würde als auch die Rechte der Tiere anerkennt. Die Situation in Europa

ist allerdings noch lange nicht zufriedenstellend. Die DP setzt sich auf europäischer Ebene für eine **Intensivierung des Tierschutzes** im Allgemeinen und für eine Verbesserung der Bedingungen (Dauer, Tierwohl) während grenzüberschreitender Tiertransporte im Besonderen ein.

## 9. Luxemburg in einem Europa der Solidarität

### Die Migration

In Bezug auf die Migrationspolitik haben die Staaten oftmals sehr unterschiedliche Auffassungen. Einige, unter ihnen Polen und Ungarn, wehren sich sogar gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und die Anwendung des europäischen Gesetzes über die Einführung von Quoten zur Aufnahme und zum Schutz von Flüchtlingen für jedes Land. Andere, die bereit sind, die größte Last zu tragen, müssen dabei zusehen, wie sich die öffentliche Meinung gegen sie wendet. Eine europäische Antwort auf das Phänomen der Immigration kann nur durch eine gemeinsame Herangehensweise gelingen. Als Erstes müssen wir uns die Mittel zu einer **effektiveren Verteidigung der Außengrenzen der Europäischen Union** geben. Dies bedeutet, dass die Mitgliedstaaten sowohl logistische als auch finanzielle Anstrengungen unternehmen müssen. Anschließend muss **ein auf demographischen Daten basierender Verteilungsschlüssel** angewandt werden, der die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen, die im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl steht, aufzunehmen.

Durch eine solche Herangehensweise hätte das, was heute fälschlicherweise als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wird, verhindert werden können. Das Verweigern einer gemeinsamen Lösungsfindung sowie konsequenten Handelns hat in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einem politischen Erdbeben geführt. Dies zeigt sich vor allem in einem Aufstreben rechtsextremer Bewegungen, die jedem humanitären und humanistischen Ansatz gegenüber Menschen, die vor Krieg, Folter und Gewalt fliehen, feindselig gegenüberstehen. Luxemburg täte gut daran, seine Verbündeten davon zu überzeugen, gemeinsam politische, administrative und logistische Mittel zu schaffen, um solche Situationen zu bewältigen.

### Die Zeit nach dem Brexit

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ist nur noch eine Frage der Zeit. Einerseits kann Europa geschwächt erscheinen. Andererseits ist es jedoch dazu verpflichtet, seine Position als wichtiger globaler Akteur zu verteidigen.

Nur die Europäische Union ist in der Lage, globale Herausforderungen zu bewältigen. Luxemburg hat bereits viel früher als seine Nachbarn und Verbündeten begriffen, dass es hierzu gemeinsamer Ansätze bedarf. In diesem Sinne müssen auch institutionelle Angelegenheiten der EU nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs gemeinsam angegangen werden. Als eines der kleinsten Länder der Europäischen Union müssen wir uns bewusst sein, dass wir durch die

Souveränitätsteilung eine einmalige Zeit des Friedens und des Wohlstands, der Freiheit und der Gerechtigkeit erleben.

Die DP fordert alle politischen Akteure dazu auf, sich im Interesse der kommenden Generationen um eine **Weiterführung der europäischen Integration** einzusetzen. Die britische Jugend, die schon bald nicht mehr von den Errungenschaften des europäischen Aufbauwerks profitieren werden kann, wird uns für die Perspektiven, die uns die Union schafft, beneiden.

## 10. Das Gesundheitswesen in Europa

Die öffentliche Gesundheit unterliegt grundsätzlich dem Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip kann die Europäische Union die nationalen Politiken jedoch ergänzen.

Die DP plädiert für eine **bessere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene**, um das Gesundheitswesen der verschiedenen Mitgliedsländer zu verbessern. Hierzu zählt die Optimierung des Kampfs gegen schwere Krankheiten durch die Förderung der Erforschung ihrer Gründe, ihrer Übertragung und ihrer Prävention sowie die Einführung europäischer Kampagnen zur Prävention im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Die Europäische Union muss in Zukunft außerdem die Konkurrenz- und Innovationsfähigkeit des europäischen Gesundheitssektors und der dort ansässigen Unternehmen fördern.

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) muss über die nötigen Mittel verfügen, um neue Medikamente sowie medizinisches Zubehör für den europäischen Markt schnell und effektiv überprüfen und genehmigen zu können.

In Angesicht sich häufender Medikamentenengpässe, von denen auch Luxemburg nicht verschont bleibt, spricht sich die DP für eine europäische Lösung aus. Diese muss gemeinsam mit den Akteuren aus dem Pharmasektor gefunden werden und könnte beispielsweise die Produktion von Aktiv-Substanzen nach Europa zurückverlagern.

Auch müssen einerseits der Informationsaustausch zwischen den Akteuren der Medikamentenversorgungskette und den Patienten verbessert und andererseits Regelpraktiken auf europäischer Ebene harmonisiert werden.

## Liebe Wähler,

Anlässlich der Europawahlen im Mai 2019 wird sich entscheiden, wer die europäischen Bürger während der Mandatszeit 2019-2024 vertreten wird.

Geschwächt durch den Brexit sieht die Europäische Union ihre weltweiten Einflussmöglichkeiten schwinden. Es besteht ein reelles Risiko wirtschaftlichen Einflussverlusts. Auch wenn dieser Tatbestand beunruhigend erscheinen kann, ist er nicht unausweichlich. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union können die anstehenden Herausforderungen nicht alleine in Angriff nehmen. Die einzige Lösung ist ein stärkeres und solidarischeres Europa, das auch als solches im G7 vertreten sein muss.

Der Schlüssel zu Wohlstand, Frieden und Freiheit der europäischen Bürger ist eine geeinte Europäische Union mit Weitsicht. Die EU verfügt über den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung, um gehört zu werden und groß angelegte Vorhaben voranzutreiben. Zu letzteren gehören vor allem die Energiewende und der Kampf gegen den Klimawandel. Geeint, reich an Erfahrungen und mit der Fähigkeit, ihre Mitgliedstaaten in gemeinsame Projekte miteinzubinden, ist die Europäische Union dazu berufen, den Multilateralismus wiederzubeleben, den einige mächtige Staaten zunichtemachen wollen. Von der Europäischen Union wird vor allem erwartet, dass sie ihre Mitgliedstaaten fest an ihre Grundwerte bindet. Neben ihrem Modell der sozialen Marktwirtschaft unterscheidet sie dies zu vielen anderen Weltregionen.

Entschlossen SOZIAL, LIBERAL und EUROPÄISCH teilt die DP die Begeisterung der Bürger, die sich für die Unantastbarkeit der Menschenwürde einsetzen und lädt sie dazu ein, sich am gemeinsamen Abenteuer, dem Aufbau Europas, zu beteiligen.







DEMOKRATESCH  
PARTEI

SOZIAL. LIBERAL. EUROPÄESCH.

#dp2019eu

WWW.DP.LU

**Demokratesch Partei**

148-150 boulevard de la Pétrusse  
L-2330 Luxembourg  
Tel. (+352) 22 10 21  
Fax. (+352) 22 10 13  
Email: secretariat@dp.lu

[www.dp.lu](http://www.dp.lu)

 demokrateschpartei  
 dp\_lu  
 dp\_demokratesch\_partei  
 621 37 2018

**ADLE - Alliance des Démocrates et  
Libéraux pour l'Europe**

Parlement Européen  
60 Rue Wiertz  
B-1047 Bruxelles  
Tel. (+32) 2 284 21 11  
Fax. (+32) 2 230 24 85  
Email: aldegroupp@europarl.europa.eu

[www.alde.eu](http://www.alde.eu)

 ALDEgroup  
 ALDEgroup  
 alde\_group